

Adresskompendium

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug • Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Geschäftsleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 6, Dreißendstr. 5

69. Jahrgang

Berlin, den 7. Oktober 1931

Nummer 80

Gewerkschaftliche Einheitsfront gegen Unternehmerwillkür

Die Spitzenverbände der freien, christlichen und kirchlichen Dunderschen Gewerkschaften haben am 1. Oktober gegenüber einem am 30. September veröffentlichten reaktionären „Programm“ der Spitzenverbände des Unternehmertums folgende Antwort erteilt:

Die Spitzenverbände der Unternehmer haben in gemeinsamer Erklärung die Reichsregierung aufgefordert, die Wirtschaft von allen staatlichen und sozialen Bindungen zu befreien. Auf diese Weise soll der wirtschaftlich Schwache uneingeschränkt der Willkür des wirtschaftlich Starken ausgeliefert werden. Das würde den hemmungslosen Kampf aller gegen alle und die Auflösung jeder gesellschaftlichen Ordnung bedeuten. Diese Forderungen stellen dieselben Unternehmerverbände, die in Vergangenheit und Gegenwart in stärkster Weise öffentliche Hilfe verlangt und in Anspruch genommen haben. Wenn jemals, dann haben insbesondere die Vorgänge der letzten Monate das Verlangen weiter Wirtschaftskrise und die Notwendigkeit eines planvollen Eingreifens des Staates in die Wirtschaft befestigt. Der Versuch, die ungeheure Wirtschaftskrise der Gegenwart aus staatlichen Eingriffen und aus der deutschen Sozial- und Lohnpolitik zu erklären, ist völlig haltlos. In Wirklichkeit liegen die Ursachen der deutschen Wirtschaftskrise in den allgemeinen Auswirkungen des gegenwärtigen Wirtschaftssystems in der Welt, den internationalen politischen Störungen und dem Mißtrauen unter den Völkern. Verschärft wurde sie durch überpannten Protektionismus, Subventionspolitik, Überationalisierung, Kapitalfehlleitung und systematische Senkung der Kaufkraft. Seit 1 1/2 Jahren wird als Ausweg aus der Krise die Senkung der Löhne und Gehälter sowie der Ausbau der Sozialpolitik propagiert und betrieben.

Das Ergebnis ist eine ungeheure Verschärfung der allgemeinen Not. Jeder Schritt weiter auf diesem Weg führt tiefer in das Elend hinein. Die krasse Interessenpolitik der Unternehmerverbände kann nicht zu gemeinsamer Entfaltung der Kräfte und zur Überwindung der Wirtschaftskrise führen. Niemals wird die deutsche Arbeiterschaft ihre wichtigsten sozialen Rechte kampfslos preisgeben.

Deshalb verlangen die Gewerkschaften sowohl im Interesse der Arbeiter als auch des Volksganges die Abkehr von dem seither beschrittenen Weg und erheben erneut folgende vorbringliche Forderungen:

1. Sicherstellung einer ausreichenden Versorgung aller Arbeitlosen.
2. Verkürzung der Arbeitszeit — insbesondere durch Einführung der Vierzigstundentage — zum Zweck der Mehrbeschäftigung von Arbeitslosen.
3. Erhaltung und Steigerung der Kaufkraft der Löhne und Gehälter, Sicherung des Tarifsrechts und des staatlichen Schlichtungswezens.
4. Senkung der Zölle mit dem Ziel der stärkeren Anpassung der deutschen Preise und Lebenshaltungskosten an das gesunkene Preisniveau des Weltmarktes; Druck auf überhöhte Handels- und Bearbeitungsgebühren.
5. Auflockerung der monopolistischen Preisbindungen in allen Stufen der Wirtschaft bei gleichzeitigem Ausbau der öffentlichen Kontrolle.
6. Öffentliche Bankenaufsicht mit dem Ziel der Verhütung von Fehlleitungen des Kapitals und Sicherung volkswirtschaftlicher Kapitalverwendung.
7. Rückwärtslose Kürzung der überhöhten Spitzengehälter und Pensionen in Wirtschaft und Verwaltung.

Die Durchführung dieser wirtschaftspolitischen Richtlinien muß verbunden sein mit der Abwehr aller die Währungsbedrohenden Experimente, ferner mit zielbewusster Förderung der internationalen Verständigung, die gerichtet sein muß auf Konsolidierung der schwachen Schulden Deutschlands, auf internationale Zusammenarbeit zur Sicherung gesunder Kapitalverteilung und auf dauernde Lösung der Frage der internationalen Kriegsschuldung und der Reparationen.

Am 2. Oktober trat der Bundesausschuß des DGB unter dem Vorsitz von Leipart zu seiner ersten Sitzung nach dem Franzfurter Gewerkschaftskongreß zusammen. Gegenstand der Beratungen waren in erster Linie die drohenden Verschlechterungen auf dem Gebiet der Sozialpolitik und des Tarifsrechts sowie der Kampf um die Er-

haltung der Löhne, deren planmäßiger Abbau in den letzten anderthalb Jahren ohnehin schon zu einer krisenverschärfenden Zerstörung der Kaufkraft geführt hat.

Der stellvertretende Vorsitzende, Grafmann, erklärte den Bericht über die Tätigkeit des Bundesvorstandes. Er ging dabei aus von den Gerichten, die über die Pläne der Reichsregierung bezüglich der Umgestaltung der sozialpolitischen Einrichtungen und insbesondere eingreifender Maßnahmen auf dem Gebiet der Arbeitslosenversicherung sowie einer Lockerung des Tarifsrechts durch die neue Notverordnung in Unlauf sind. Der Bundesvorstand hat versucht, sich durch unmittelbare Verhandlungen mit dem Reichstangler und dem Reichsarbeitsminister Klarheit über die beabsichtigten Maßnahmen zu verschaffen, Maßnahmen, die offenbar zunächst sehr viel weitergehende Ziele verfolgten.

Was die Lockerung des Tarifsrechts angeht, so ist dabei schwer zu entscheiden, ob die geplanten Maßnahmen auf den Einfluß der Arbeitgeber, insbesondere der Schwerindustrie und der Bergbaubetriebe zurückgehen, die ja seit Jahren diese Pläne verfolgen, oder ob der Sturz des englischen Pfundwertes die Regierung zu der Auffassung gebracht hatte, daß auf keinem andern Weg die wirtschaftliche Lage eine Erleichterung erfahren kann. Jedenfalls scheint sich in den vergangenen Wochen in den Regierungskreisen die Auffassung festgesetzt zu haben, daß man nur durch eine Auflockerung des Tarifsrechts den Tarifvertrag über den kommenden Winter retten könne. Eine weitgehende Einschränkung der Verbindlichkeitserklärung, Verfüzung der Laufdauer der Tarifverträge, Einführung eines vorzeitigen Kündigungsrechts, Aufnahme von Bestimmungen in die Tarifverträge, die es ermöglichen sollen, notleidenden Betrieben Ausnahmebedingungen zuzugestehen, eine Ausdehnung des Begriffs der Notstandsarbeiten, die auch privaten Arbeitgebern unter gewissen Bedingungen ein Abweichen vom Tariflohn gestatten würde, und endlich eine weitere Senkung der Löhne, der allerdings eine Zerschlagung der Kartell- und Zinnungspreise parallel gehen sollte — diese Gedanken scheinen die Auffassung der Regierung weitgehend bestimmt zu haben. Ursprünglich hat wohl der Plan bestanden, dahingehende Bestimmungen bereits in der kommenden Notverordnung festzulegen. Kein Zweifel, daß diese Auflockerung der Tarifverträge einem Ende des Tarifsrechts gleichkäme. Der Versuch, diese einseitigen Maßnahmen mit dem Hinweis auf die Auswirkungen des Pfundwertes und die Verluste, die bei langfristigen Ausfuhrlieferungsverträgen sich ergeben würden, zu rechtfertigen, bewegt sich durchaus in den Gedankengängen der Unternehmer. Das vor einigen Tagen veröffentlichte Sofortprogramm der Industrie ist ein eindeutiges Zeugnis dafür, daß die Reichsregierung, aus Furcht vor einer neuen Inflation, sich auf eine Wirtschaftspolitik eingelassen drohte, die tatsächlich die Auswirkungen der Krise in ihrer ganzen Schwere auf die Schultern der Arbeiter abwälzen würde.

Wie es scheint, war man in Regierungskreisen der optimistischen Auffassung, daß die Unternehmer in ihrer großen Mehrheit tariffreundlich seien und daß auch die verbleibende Minderheit keineswegs auf einem einheitlich tarifgegerichten Standpunkt stehe. Wenn diese Millionen einer Widerlegung bedürftig hätten, so ist der Nachweis ihrer Tariffeindschaft in dem Sofortprogramm der Industrie mit aller Deutlichkeit geführt worden.

Die Verhandlungen der Gewerkschaften und der Partei mit der Regierung haben ohne Zweifel das positive Ergebnis gehabt, daß eine Neuordnung des Tarifsrechts in diesem seinen Bestand gefährdenden Sinn nicht in die neue Notverordnung aufgenommen worden ist. Damit ist die Gefahr freilich noch keineswegs abgewendet, da in der zweiten Hälfte Oktober eine neue Notverordnung bevorsteht.

Es ist auch der Gedanke erwogen worden, die Unabhängigkeit der Löhne nur bis zu einer Höhe von 80 Proz. aufrecht zu erhalten und die verbleibenden 20 Proz. der freien Vereinbarung zu überlassen. Dieser Gedanke eines abdingbaren Spitzkaums von 20 Proz. ist aber offenbar nicht die einheitliche Überzeugung aller Mitglieder des Kabinetts. Die Durchführung dieses Gedankens birgt selbstverständlich die Gefahr in sich, das Tempo des Lohnabbaus zu be-

schleunigen und ihm ein Ausmaß zu geben, das selbst in der Geschichte der letzten anderthalb Jahre ohne Beispiel wäre. Auch zur Begründung dieser Maßnahme ist die Furcht vor der Inflation der entscheidende Gesichtspunkt. Man stehe vor der Alternative, entweder eine Inflation, die psychologisch untragbar sei und zur völligen Vernichtung des Sparplans führen würde, oder eine Deflation, die eine Senkung aller Löhne, Gehälter, Preise und öffentlichen Ausgaben in sich schloße. Tatsächlich ist in diesem Zusammenhang Deflation nur ein andres Wort für Lohnabbau, denn die Erfahrung der letzten Jahre hat bewiesen, daß die Regierung auf keinem Gebiet so ohnmächtig ist, wie auf dem einer bewußten Einwirkung auf die Preise. Die Absicht der Regierung, auch gegenüber den Kartellpreisen, den Agrar- und Industriegebiets energisch vorzugehen, ist daher mit äußerster Vorsicht aufzunehmen.

Die Arbeitslosenversicherung ist bei ihrem jetzigen Beitragsaufkommen von 6 1/2 Proz. des Lohnes noch nicht saniert. Es wird für die sechs Wintermonate mit einem Defizit gerechnet, das, je nachdem wie hoch man die Durchschnittszahl der Arbeitslosen für diese Zeit schätzt (5,8 bis 6,2 Millionen), sich auf 110 bis 210 Millionen Mark belaufen würde. Zuschüsse oder Darlehen an die Reichsanstalt stehen im Etat zum Ausgleich nicht zur Verfügung. Statt dessen hat die Notverordnung vom 5. Juni 1931 den Vorstand der Reichsanstalt ermächtigt, zum Ausgleich die Unterfützungsdauer zu verkürzen, die Sätze der Arbeitslosenversicherung bis auf die Sätze der Krisenunterstützung herabzusetzen (eventuell auch beides gleichzeitig). Möglich wäre auch eine Erhöhung des Beitrags. Dabei muß berücksichtigt werden, daß der Beschluß des Vorstandes ausschließlich vom Willen der Reichsregierung abhängig war, da der den Ausschlag gebende Präsident der Reichsanstalt in derartigen Fällen auf Anweisung der Reichsregierung stimmt.

Die Reichsregierung war ursprünglich geneigt, dem ständigen Drängen der Unternehmer zu folgen und im Vorstand der Reichsanstalt einen Beschluß durchzusetzen, der die Herabsetzung der Arbeitslosenunterstützung auf die Sätze der Krisenunterstützung bei gleichzeitiger Verkürzung der Unterfützungsdauer von 26 auf 18 Wochen, für die Saisonarbeiter von 20 auf 14 Wochen entfallen sollte. In zahlreichen Verhandlungen haben sowohl die Gewerkschaften wie auch die SPD-Fraktion die Regierung auf das Untragbare einer solchen Maßnahme hingewiesen und den schärfsten Widerstand angekündigt für den Fall, daß sie trotzdem durchgeführt würde.

Diese Vorktellungen haben insoweit einen Erfolg gehabt, als in der entscheidenden Sitzung des Vorstandes der Reichsanstalt der Präsident nimmehre entgegen dem ursprünglichen Vorschlag sich dafür erklärte, nur die Unterfützungsdauer von 26 auf 20 Wochen (für Saisonarbeiter von 20 auf 16 Wochen) herabzusetzen, die Unterfützungssätze dagegen auf der bisherigen Höhe zu belassen. Die Unternehmer ihrerseits nahmen daraufhin den ursprünglichen Vorschlag der Reichsregierung als ihren Antrag wieder auf. Dieser Unternehmerantrag wurde nun mit den Stimmen der Arbeiter und des Präsidenten zu Fall gebracht. Mit der gleichen Mehrheit wurde alsdann, entsprechend dem zweiten Vorschlag der Regierung, die Verkürzung der Unterfützungsdauer beschlossen.

Diese Lösung mußte unter den obwaltenden Verhältnissen als die denkbar erträglichste angesehen werden, zumal von der Regierung das Versprechen abgegeben wurde, die Unterfützungsdauer in der Krisenfürsorge entsprechend zu verlängern.

An den Bericht des Kollegen Grafmann schloß sich eine sehr eingehende Aussprache an, der sich nicht nur die Verbandsvorsitzenden, sondern insbesondere auch die Lokalpolitiker der einzelnen Verbände beteiligten. Die Debatte ergab die einmütige Ablehnung jedes Eingriffs in das geltende Tarifsrecht. Die Gewerkschaften sind entschlossen, an den grundsätzlichen Bestandteilen des Tarifsrechts unter allen Umständen festzuhalten. Tarifverträge, die weitgehende Abweichungen von den getroffenen Vereinbarungen in der einen oder anderen Form zulassen, haben für die Gewerkschaften keinen Wert.

Die Behandlung der Arbeitszeitrage durch die Regierung hat sich zu einem offenen Skandal entwickelt. Die Gewerkschaften müssen auf dem strikten Verbot a l l e r A b w e i c h u n g e n, die gerade in letzter Zeit stark zunehmen, bestehen und darüber hinaus das Ziel der Vierzigstundentage mit Entschiedenheit verfolgen. Die ganze gegenwärtige Regierungskunst besteht nur noch

darin, immer mehr Arbeitslose zu schaffen, nur das könne der Effekt der fortwährenden Drosselung der öffentlichen Ausgaben sein.

Nachdem die Aussprache abgeschlossen war, ging Leipzig ein auf den Besuch von Kaval und Briand in Berlin. Er erinnerte daran, daß die Unterredung zwischen den deutschen und französischen Ministern zu dem Entschluß zur Einsetzung eines deutsch-französischen Wirtschaftskomitees geführt habe. In das Komitee sollen auch Vertreter der Arbeiter beider Länder gewählt werden. Die deutschen Gewerkschaften haben seit längerer Zeit wiederholt die Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich gefordert, und sie erblicken in der Einsetzung des Komitees einen bedeutenden Schritt zur Förderung des Einvernehmens zwischen beiden Völkern. Es ist selbstverständlich, daß sie das größte Interesse an der Beteiligung bei diesen Arbeiten haben. Die deutsche Regierung hat beschloffen, 6 Arbeitervertreter in den Ausschuß zu berufen. Die 6 Delegierten der Arbeiterchaft sollen Mitglieder des Plenums sein, das sich vermutlich aufteilen wird in eine Reihe einzelner Arbeitskommissionen, zu deren Arbeiten wiederum Sachverständige hinzugezogen werden. Von den 6 Vertretern der Arbeiterchaft hat der A.D.G.B. zwei zu benennen. Einem Vorschlag des Bundesvorstandes folgend, sind Willi Eggert und Fritz Tarnow dazu bestimmt worden.

Das Buchgewerbe im Ausland

Internationales Buchdruckersekretariat

Sigung der Sekretariatskommission vom 23. September 1931

Die Kommission nahm zur Kenntnis, daß der außerordentliche Kongreß des belgischen Typographenbundes vom 13. und 14. September in Antwerpen die vorgeschlagene Statutenänderungen angenommen und eine Kommission eingesetzt hat, die die Verständigung zwischen den einzelnen Teilen des Verbandes wieder herstellen soll.

Der Verband in Estland sandte einen kurzen Situationsbericht, aus dem hervorgeht, daß der Verband immer noch mit sehr großen Schwierigkeiten zu kämpfen hat. Es wird ins Auge gefaßt, den dortigen Kollegen mit einer Delegation beizustehen.

Der ungarische Verband berichtete über die Erneuerung des Abkommens bezüglich der verkürzten Arbeitszeit. Die neue Vereinbarung sieht Verbesserungen vor und ist teilweise auch auf die Provinz ausgedehnt worden. Auch hier erweist es sich deutlich, daß der Kampf zur Aufrechterhaltung der Arbeitsbedingungen ein unendlich zäher ist.

Eine Zufahrt des Internationalen Arbeitsamtes bezüglich des Austauschbesuches junger Geistes und des Schreibens an vier in Frage kommende Arbeitsministerien wurde zur Kenntnis genommen und im zukünftigen Sinn beantwortet.

Nach dem dem Sekretariat zuletzt zugegangenen Meldungen ist nach einer neuerlichen Abstimmung die Aussperzung in Norwegen beendet und die Arbeit im Buchdruckgewerbe am 14. September wieder aufgenommen worden. Die Kommission erwartet die Details der Abmachungen wie auch die Endabrechnung über die internationale Unterstütsaktion.

Eine von der Internationalen Kulturliga in Prag unterbreitete Anfrage betreffend die internationalen Kongresse wurde, da für unsere Internationale nicht einschlägig, entsprechend beantwortet.

Die Anfrage einer polnischen Grenzsektion wegen Abfindung seitens des vor dem Kriege zuständigen Verbandes mußte nach der eingeholten ausführlichen Auskunft abschlägig beschieden werden.

Die Kommission besprach ausführlich und in kollegialem Sinn die für gewisse Verbände sehr wichtigen finanziellen Fragen. Das Internationale Sekretariat soll hier seine Mitarbeit leisten und alles tun, um gemeinsam mit den angeschlossenen Verbänden die momentanen Schwierigkeiten beheben zu helfen.

Die Vereinnung der Maschinenseher und verwandter Berufe in Buenos-Aires (Argentinien) dankte in herzlichen Worten für ihre Aufnahme in die Buchdruckerinternationale. Sie wird jederzeit bereit sein, Hand in Hand mit den europäischen Kollegen restlos ihre Pflicht zu erfüllen.

Tschschostowatski. Die im September in Brünn abgehaltene außerordentliche Generalversammlung des mährischen Landesvereins des Verbandes der Buchdrucker gestaltete sich eingangs der Tagesordnung zu einer würdigen und erhabenen Feier für den langjährigen Obmann des Buchdruckervereins in Währern, den Kollegen Alois Thurner, für den sich in diesen Tagen 50 Jahre seiner Tätigkeit im Beruf vollzogen, bei welcher Gelegenheit zugleich auch seiner 42jährigen erfolgreichsten organisatorischen Tätigkeit ehrend gedacht wurde. Seit 23 Jahren ist Kollege Thurner Obmann des mährischen Buchdruckervereins. Die verschiedenen Gratulanten feierten in dem Jubilar ein leuchtendes Vorbild jedes zähen und unerschrockenen Kämpfers für die Rechte der Buchdruckerchaft, der im Kampf um ein größeres Stück Brot und um die Durchsetzung menschenwürdiger Arbeitsverhältnisse seine Kräfte täglich aufs Spiel setzte. Der Jubilar war Gegenstand zahlreicher verdienter Ehrungen durch den Verband, die Landesvereine und sämtliche Sektionen und Kollegentreife des mährischen Landesvereins. Die außerordentliche Generalversammlung genehmigte einstimmig einen Antrag, nach dem den Kollegen Thurner im Hinblick auf die außerordentlichen Verdienste, die er sich im Verlauf seiner 42jährigen aufopfernden und unermüht-

gen Tätigkeit für die Organisation und seine Mitglieder erworb, im Fall seines Abtritts in den Invalidenstand außer der obliegenden Verbandunterstütsung und dem Zuschuß des mährischen Landesvereins ein außerordentlicher Zuschuß von 100 Kronen wädentlich zugestanden werde.

Norwegen. Die Aufnahme der Arbeit nach der fünfmonatigen Aussperzung ging im allgemeinen ohne Reibungen vor sich. In Bergen, wo auch einige Tageszeitungen vom Konflikt berührt waren, hatten Journalisten und andre Angestellte bei der Herstellung von Notzeitungen geholfen, und da ging es nicht ganz ohne Zwistigkeiten ab, jedoch nach einigen Tagen wurde auch dort die Arbeit aufgenommen. Am 27. September fand in Oslo die Abstimmung über den Tarif für die Zeitungsbetriebe und die außerhalb des Arbeitgeberverbandes stehenden Buchdrucker statt. In der deswegen einberufenen Versammlung wurde als Resultat der Verhandlungen folgender Vorschlag bekanntgegeben: 5 Proz. Abschlag der persönlichen Löhne (wie in den dem Arbeitgeberverband angeschlossenen Druckereien), 1,2 bis 1,7 Proz. Senkung der Mindestlöhne (gegen durchschnittlich 5 Proz. in den andern Druckereien, die ohnehin schon niedrigere Tariffäge haben). Tarifbauer zwei Jahre ohne Lohnregulierung (gegenüber dem vierjährigen Tarif mit Indexregulierung 1932). Auch eine Verbesserung der Lehrlingslöhne in Zeitungsdruckereien wurde erzielt. Der Tarifvorschlag wurde sowohl vom Vorstand des Zentralverbandes als auch den Tarifparteien einstimmig zur Annahme empfohlen, ebenfalls vom Vorstand der Ortsgruppe Oslo mit fünf gegen zwei Stimmen. In der Versammlung sprachen mehrere Kollegen gegen Annahme mit der Begründung, daß man eine Verlängerung des bestehenden Tariffs ohne Lohnabschlag erreichen könne. Das Resultat der Abstimmung ist noch nicht bekannt. Die Unterhändler sind sich einig geworden, den Abschluß des Tariffs auf den 1. Oktober zu verschieben, wahrscheinlich infolge der durch die plötzliche Aufhebung der Goldwährung geschaffenen veränderten Lage. — Nach Beendigung des allgemeinen Konflikts ist infolge Arbeitsanhäufung die Arbeitslosenzahl sehr beträchtlich gestiegen und sie beträgt zur Zeit nur ein paar Prozent.

Der englische Gewerkschaftskongreß und die Krise

Die Zeit ist längst dahin, wo es als feststehend galt, einem Volke könne es gut gehen, wenn es dem andern schlecht geht. Das hätten auch die Baumeister des Friedensvertrags von Versailles wissen müssen. Daß sie das nicht wußten, ist sehr schlimm, weil, wie die Menschheit immer deutlicher sieht, die Konstruktoren des Vertrags einen großen Teil der Schuld an der getriebenen Weltlage haben, eben weil sie bei ihrer Konstruktion obige Maxime außer Betracht ließen und glaubten, Europa sei in viele Teile zerlegbar, die unabhängig von einander leben könnten. Wie sehr sich die Siegerstaatsmänner täuschten, beweist die sich aufs Haar gleichende Wirtschaftslage Deutschlands und Englands. Als die katastrophale Finanzkrise über Deutschland hereinbrach, wer von uns Deutschen hätte sich da wohl träumen lassen, daß auch England von einer gleichartigen Krise heimgejagt werden könnte? Alle, die den Fortgang der Krise verfolgten, wußten doch, daß wir von England Hilfe bekamen. Warum geschah das wohl? Weil Montague Norman, der Präsident der englischen Nationalbank (die freilich eine private Institution ist), sich in den kritischen Tagen sagte, „hilft man Deutschland, so ist auch England gelohnt“, oder glaubt jemand, Herbert Hoover, der Präsident der Vereinigten Staaten, wäre mit seinem Plan gekommen, wenn den amerikanischen Dollarhägigen nicht das Wasser bis an die Kehle gestanden hätte? Hoover sagte sich einfach, „als guter Amerikaner muß du deinen Dollarhägigen helfen, die in Deutschland ihre Gelder stehen haben“. Eben weil er Deutschland half, rettete er das amerikanische Geld.

Doch bleiben wir bei dem englischen Beispiel, weil die dortige Lage eine ähnliche Krise erzeugte wie in Deutschland, und man dort mit ähnlichen Mitteln arbeitet, die uns ja in Deutschland satfam bekannt sind: Notverordnungen und Abbaumaßnahmen! Freilich ist England reicher als Deutschland. Das englische Unternehmertum ist nicht so rabiat wie das deutsche. Die Löhne sind höher. Die Neuordnung zur Kürtzung der Erwerbslosenunterstütsung soll erst jetzt kommen sowie auch eine Erhöhung der Beiträge.

Der Gewerkschaftskongreß, der in der Woche vom 7. bis 13. September in Bristol tagte, stand im Zeichen der schlimmsten Krise, die England erlebt. Im Mittelpunkt der Krise stand das Problem der Erwerbslosenversicherung. Aber die Frage, wie die Finanzkrise zu meistern sei, kam es zur Spaltung innerhalb der Arbeiterregierung, die schließlich ihren Sturz herbeiführte. Der Sturz erfolgte, weil die Gewerkschaften es ablehnten, ihre Hand zu Verzichtleistungen der sozialen Versicherungsgesetzgebung zu bieten. Hierüber gab es Uneinigkeit in der Regierung. Die bisherigen Führer der Arbeiterbewegung, MacDonald, Snowden, Thomas, letzterer bisheriger politischer Sekretär des Verbandes der Eisenbahner, traten gegen den Willen der Arbeiterpartei in eine Koalitionsregierung ein. Es entstand, wie MacDonald sich ausdrückte, „eine Regierung der Köpfe und nicht der Parteien“. Wobei nicht vergessen werden darf, daß in Wirklichkeit die Regierungsmitglieder der bürgerlichen Parteien eben im Auftrage ihrer Parteien handelten. Man können freilich die englischen politischen Verhältnisse mit den deutschen nicht vergleichen werden. In England gibt es nur drei parlamentarische

Parteien, in Deutschland aber 16! In England denkt niemand an die Schaffung eines illusionären „dritten Reichs“. Auch besteht dort keine sachliche Gefahr nach deutschem Muster. Es gibt dort niemand, der an den Grundfesten der Demokratie rütteln will.

Aber die Weltwirtschaftskrise gerüttelt auch in England den gewöhnlichen Gang des Wirtschaftsebens. Der diesjährige Haushalt weist ein gewaltiges Defizit auf. „Zur Erhaltung des Vertrauens in das Sterling Pfund“, rufen die Finanziers und Bankiers im Chor aus, „müssen im Inlande rigorose Sparmaßnahmen ergriffen und vor allem darf vor den sozialen Leistungen nicht haltgemacht werden“. Das rief die Gewerkschaften auf den Plan. Im Kampfe gegen MacDonald als Premierminister, „der Köpfe“, sagte Arthur Henderson, gewesener Außenminister der Arbeiterregierung und Führer der jetzigen Oppositionspartei, in der Parlamentsjagung vom 8. September: „Man hat mir vorgeworfen, ich sei von allem Anfang an der Führer derjenigen Gruppe gewesen, die sich gegen jede Kürtzung der Unterstütsung wehrt, und darauf bin ich stolz.“

Das ist die Note, die auch den Gewerkschaftskongreß besetzte. Aber der Kongreß besaß sich noch mit einem andern Problem, und das ist das der internationalen Finanz. Arthur Hayday, der ehrwürdige Pionier des Verbandes der ungelerten Arbeiter und diesjähriger Präsident des Kongresses, sagte in seiner Präsidialansprache: „Bis es uns gelingt, die Banken zu kontrollieren, werden die Banken uns regieren!“ Mehr und mehr zeigt sich, daß hier der Schlüssel zur Lösung der Weltwirtschaftskrise liegt. Und es ist an der Zeit, dieses Phänomen ernstlich zu studieren. Die gestürzte Arbeiterregierung hatte 1929 zur Unterstütsung des Finanzwesens mit Berücksichtigung der Weltwirtschaftslage einen Ausschuß eingesetzt, der unter dem Namen MacMillan-Ausschuß einen Bericht veröffentlichte. In diesem Bericht findet sich folgende Stelle: „Tebes Stadium der Geschichte beweist nach unserer Meinung, daß das Grundgeheimnis aller sozialen Störungen immer in der Veränderung des Preisniveaus und in der daraus folgenden veränderten Lage von Schuldnern und Gläubigern, Unternehmern und Arbeitern zu finden ist.“ „Es fällt wirklich nicht schwer“, schreibt der englische Sozialist am 5. September im „Tagebuch“, „gerade aus der jüngsten Zeit Beispiele heranzuziehen, die dies bekräftigen. In Burma sanken im vorigen Jahr die Reispreise auf die Hälfte: heute befinden sich die bäuerlichen Pfälzler weiter Bezirke in bewaffnetem Aufrstand. Weizen, Jute, Reis, ja tatsächlich alle Feldfrüchte, von denen der indische Bauer abhängig ist, um Pacht, Steuern und die unbilligen Forderungen der Geldverleiher zahlen zu können, fielen im vergangenen Jahr mit der Pflichtigkeit eines Tropensturms um ungefähr 50 Proz., von da an waren die Massen bereit, Ghandis Ruf zu folgen. Wolle fiel um 40 Proz. Australien gab den Goldstandard auf und appelt seitdem in der Faust seiner Gläubiger in der Londoner City. Letzten Endes lag der Fall Deutschland genau so. Wenn die Young-Kommission noch Ende 1928 die Zahlungsfähigkeit Deutschlands den damaligen Verhältnissen entsprechend vernünftig einschätzte, so ist diese Berechnung inzwischen durch das Ansteigen des Goldwertes um 32 Proz. zu hoch geworden. Ohne Zweifel haben, wie der MacMillan-Bericht sagt, die Auswirkungen dieses heftigen Niedergangs der Preise auf die politische und soziale Stabilität Probleme geschaffen, die an Bedeutung alle übrigen Fragen unserer Zeit und Generation übertreffen.“ Der MacMillan-Bericht tritt die Ansicht, daß die Ursache des Abfalls in der mangelhaften Geldzirkulation zu suchen ist. „Wenn der Wert des Geldes sich stark verändert, muß Chaos die Folge sein“, heißt es im Bericht. „Es entstehen äußerste Härten und Ungerechtigkeiten sowie große Verluste des Einkommens, des Vermögens und der produktiven Kräfte.“

Die Unternehmer schreiben dann nach Abbau der Löhne und der stattdessen sozialen Leistungen, was der MacMillan-Bericht als Insinn ablehnt. Hier also erwachsen der internationalen Gewerkschaftsbewegung neue gewaltige Aufgaben. Soll die Welt wieder ins Gleichgewicht gebracht werden, so müssen die internationalen Beziehungen der Völker auf eine ganz neue Basis gestellt werden. Der Generalkrat der englischen Gewerkschaften machte auf dem Kongreß zur Lösung des Problems folgende Bemerkungen und Vorschläge: 1. Das Verlangen der Industrie, sich den Bedürfnissen der Nachkriegszeit anzupassen, trägt einen großen Teil der Schuld an der unglücklichen Weltwirtschaftslage. Ferner ist jedoch die ungesunde monetäre Politik, die seit 1919 von den verschiedenen Regierungen angewandt wurde. Auch die Folgen des Friedensvertrags sind schuld am bestehenden Ruin, besonders aber die Kriegsschuldenregelungen. Als Abwehrrmaßnahmen werden vorgeschlagen: Einstellung der deflationistischen Politik und Reorganisation der lebenswichtigen Industrien auf der Basis der Sozialisierung. Die gesamte Auslands-politik muß auf neuer Grundlage aufgebaut werden, um endlich den Weg des internationalen Friedens beschreiten zu können. Die Kriegsschulden- und Reparationsregelung muß revidiert werden. 2. Soll die Weltwirtschaftskrise durch Erhöhung der Weltmarktpreise behoben werden. 3. Ist die Ursache der Krise in der feststehenden Geldzirkulation zu suchen. Sie ist nicht nur schuld am Zusammenbruch des finanziellen Gleichgewichts Mitteleuropas, sondern auch an dem entstandenen Mißverhältnis zwischen der englischen Eins- und Ausfuhr.

Außerdem tritt der Generalkrat bezeichnenderweise für eine Politik der Insolation ein, und Ernest Bevin vom Verband der Werksarbeiter verteidigte diese Stellungnahme durch drastische Beispiele.

Zur Frage der Einführung einer Schutzpolitik, die hender, Bevin und andre an Stelle einer Kürzung der Erwerbslosenunterstützung vorziehen, beschloß der Kongreß auf Vorschlag des Generalrats, diese Materie einer demnächst einberufenden Konferenz der Zentralvorstände zu überlassen.

Der Kongreß beschloß, eine Agitation zur Einführung der vierzigstündigen Woche zu entfachen. Der Antrag wurde vom Fabrikarbeiterverband gestellt. Die Kollegen C. Dufes (Fabrikarbeiterverband) und S. Cloin (Angestellte) begründeten den Antrag mit dem Hinweis auf den technischen Fortschritt und die Rationalisierung, die viel größere Anstrengungen für die Arbeiter bedeuten als das noch vor einigen Jahren der Fall war. Heute sei man bei richtiger Organisation in der Lage, in vierzig Stunden allen Anforderungen der Produktion zu genügen. Dufes sagte noch: Bürgerliche Ökonomen hätten es früher immer so dargestellt, als sei die Maschine als Mittel zur Erleichterung der menschlichen Arbeit erfunden worden. In Wirklichkeit diene die Maschine heute dazu, die Arbeiter im Produktionsprozeß überflüssig zu machen. Kommt es zu keiner Vertüzung der Arbeitszeit (bei gleichbleibendem Lohn), so kommen wir überhaupt nicht zur Verringerung der Erwerbslosenzahl. Dieser Standpunkt würde heute auch schon von vielen Großunternehmern geteilt.

Nicht unerwähnt dürfen die Reden der amerikanischen Volksgesandten bleiben. J. R. Moore trat für die Erhaltung hoher Löhne ein, da sie das Mittel zur Erhöhung der Kaufkraft der breiten Masse des Volkes ist. Die Entwicklung der letzten zwei Jahre beweist, daß Massenproduktion ohne Massenverbrauch zum Ruin führt. Während die Produktionsmöglichkeit in den letzten zehn Jahren um 40 Proz. stieg, erhöhten sich die Löhne (in Amerika) nur um 24 Proz. Die öffentliche Meinung Amerikas ist bis jetzt noch gegen jede Art von staatlicher Erwerbslosenversicherung, doch drückt sich der Gedanke immer mehr durch, daß man nach Abhilfsmitteln suchen muß, falls es nicht gelingt, die Erwerbslosigkeit zu bannen. Allerdings darf es sich nur um vorübergehende Maßnahmen handeln, da Arbeit doch besser ist als das beste Unterstützungssystem. Wie aber der zweite amerikanische Redner erklärte, gab es bereits im Frühjahr in Amerika 5 1/2 Millionen Erwerbslose und ebensoviel Kurzarbeiter. Im Vergleich zu 1929 ist der Lohnfonds in der ersten Hälfte dieses Jahres um 5 Millionen Dollar niedriger gewesen, gleichzeitig ist der Umsatz im Kleinhandel um 15 Proz. gesunken. Während sich die Industrie auf Massenproduktion umstellte, hat man nicht daran gedacht, es den Arbeitern zu ermöglichen, sich auf Massenverbrauch umzustellen, und so dürfen wir wohl hinzusetzen, durch die so entstandene Kluft, die zwischen der Möglichkeit zu produzieren und dem Absatz entstanden ist, ist letzten Endes das Elend der Wirtschaftskrise zu sehen. B. Weingarz.

Korrespondenzen

Dieses a. H. Am 30. August fand in Schongau unsere Bezirksversammlung statt, die recht gut besucht war und allen teilnehmenden Kollegen in guter Erinnerung bleiben wird. Nach Eröffnung durch den Vorsitzenden K. a. u. h. kam der Kassenbericht zur Besprechung, der ein der Zeit entsprechend Bild zeigte. Aus den Berichten der Druckorte ist fast durchweg ein flauer Geschäftszustand zu verzeichnen, was zum Teil Kündigung oder Aussetzen zur Folge hatte. Im weiteren Verlauf konnte die Verammlung die Ehrung zweier Kollegen für 25jährige Verbandszugehörigkeit vornehmen. — Nachmittags wurde die Papierfabrik Schongau besichtigt, die wir aber leider nicht in Betrieb sehen konnten. Herr Kommerzienrat H. o. l. a. h. e. y. übernahm in lebenswürdiger Weise selbst die Führung, schilderte eingangs den ganzen Werdegang der Papierherstellung, um dann zur Besichtigung und ausführlichen Erklärung der Fabrik überzugehen. Herrn Holzhey sei auch an dieser Stelle gedankt für sein freundliches Entgegenkommen.

Gummersbach. Unser Ortsverein steht auf vorgehobenem Posten in einer der reaktionärsten Gegenden Deutschlands, dort, wo die Gewerkschaftsbewegung auch

Fünfzig Jahre Verbandsmitglied



Karl Kühnel in Dresden
Eingetreten: 7. Oktober 1881
Seit Invalide



Heinrich Martens in Lüneburg
Eingetreten: 8. Oktober 1881
Seit Invalide



Otto Lamm in Berlin
Eingetreten: 9. Oktober 1881
Seit Invalide



Joseph Werner in München
Eingetreten: 8. Oktober 1881
Seit Invalide



heute noch in den Kinderschuhen steckt. Um der allgemeinen Gewerkschaftsbewegung in hiesiger Gegend einen neuen Antriebs zu geben, veranstalteten wir am 12. September eine Jubiläumssfeier anlässlich des 25jährigen Bestehens unseres Ortsvereins. Um 5 Uhr nachmittags versammelten sich die Kollegen mit ihren Damen, Vertreter der Behörden und viele Mitglieder der freien Gewerkschaften in der Aula der Diesterwegschule, dem früheren Lehrerseminar, zu einem weisehellen Festakt. Eingeleitet wurde dieser mit dem ersten Satz dem Orgelkonzert in G-Moll von Händel. Nachdem der Arbeiterergänzungsverein, „Einigkeit“, der aus einer Gefangensabteilung unseres Ortsvereins hervorgegangen ist, „Morgenrot“ von Otto de Nobel vorgetragen hatte, begrüßte der Vorsitzende S p ö r z e r die Erschienenen, kurz Veranlassung und Zweck der Feier darlegend. Nach dem Prolog „25 Jahre“, gesprochen vom Kollegen E u g e n S c h m i d t, kam der Höhepunkt der Feier, die Festsprache unseres früheren Gauvorsitzers, Kollegen E m i l A l b e r g t (Rhein). Er schilderte zunächst in großen Zügen den Werdegang unseres Ortsvereins und stellte den Teilnehmern dann das Wirken und die Bestrebungen der allgemeinen Gewerkschaftsbewegung und im besonderen unseres Verbandes klar vor Augen. Vor allem betonte er aber auch die Stellung der Gewerkschaften im heutigen Staat und deren in Wahrheit staatsfernhaltende Tätigkeit, woraus sich aber neben den Pflichten auch nun bedeutende Rechte der Gewerkschaften ergäben, auf deren Geltend-

machung wir besonderen Nachdruck legen müßten. Zum Schluß übermittelte Kollege Albrecht dem Jubelverein die herzlichsten Glückwünsche des Gauvorsitzenden. Dann folgten die Beglückwünschungen der geladenen Gäste. Der Vertreter des Kreises, Landrat Dr. P a r m a n n, begrüßte, eingehend auf die Worte des Festsprechers, besonders das staatsfernhaltende Wirken der Gewerkschaften und gab dem Jubilar zugleich im Namen der anwesenden Herren Arbeitsamtsdirektor Kemmel und Berufungsdirektor Kleibauer die herzlichsten Wünsche mit auf seinen ferneren Weg. Unser Bezirksvorsitzender B a l d u s (Wonn) überbrachte die besonders herzlichsten Glückwünsche des Bezirks Bonn sowie der einzelnen Ortsvereine und beleuchtete nochmals das Zusammenarbeiten unseres Ortsvereins mit dem Bezirk Bonn, das auch ferner ein gutes sein möge. Der Vorsitzende des hiesigen Ortsauschusses des A.D.G.B. S t e p h a n L e n z gab in seiner Glückwunschsprache einen Auschnitt aus dem hiesigen Gewerkschaftsleben, dabei besonders die erfreulich lebhafteste Betätigung der Buchdrucker hervorhebend. Nachdem noch der Arbeiterergänzungsverein „Die Besper“ von Beethoven und „Mann wir schreiten Seit an Seit“ von Engler vorgetragen hatte, folgte als Schluß ein Orgelkonzert, Bräutigam und Zug G-Dur“ von J. S. Bach. Damit hatte die würdig verlaufene, erhebende Feier ihr Ende erreicht. Unser Ortsverein hatte zu dieser Feier ein sehr gut ausgestattetes Festbuch herausgegeben, in dem vom Kollegen Krogmann ein Überblick über die abgelaufenen 25 Jahre gegeben wurde. Ebenso hatte der Vorsitzende Kollege Spörer einen kleinen Aufsatz über die bisherige Tätigkeit unseres Verbandes dazu geschrieben. Dieses Festbuch, das sehr interessante Daten aufweist und in dem die Freuden und Leiden der Gummersbacher Kollegen sehr anschaulich und teils humorvoll behandelt werden, fand allgemein Anklang. Am Abend fand sich dann die Kollegenschaft mit ihren Damen und auch noch viele Gewerkschaftsmitglieder der übrigen Berufe zu einer zwanglosen Nachfeier auf der „Hermannsburg“, ein, bei der auch den dem Ortsverein heute noch angehörenden Gründern, den Kollegen Petermann, Enders und Krogmann, je ein Diplom überreicht wurde und ihnen die herzlichsten Glückwünsche dargebracht wurden. Hier kam nun der hier bestens bekannte Buchdruckerhumor zu seinem Recht, und was das heißt, weiß nur derjenige, der einmal in Gummersbach gestanden hat. Alles in allem: es war ein wahrhaft schönes Fest.

Salle a. d. S. In unserer Versammlung am 4. September begrüßte Kollege R i e b e n s t a h l die nach längerer Sommerpause erschienenen Kollegen. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken an drei durch den Tod von uns gerissenen Kollegen in üblicher Weise. Sodann referierte Kollege K ö n i g über das Thema „Aus der Zeit für die Zeit“. Eingangs schilderte er die allgemeine Finanzlage und streifte dann weiter die katastrophale Arbeitslosigkeit im allgemeinen, der auch die Prinzipale adheften können, wenn sie Verhältnisse für Arbeitszeitverkürzung hätten. Die Unternehmer würden aber im Gegenteil lieber Abbau der sozialen Einrichtungen sehen, um dann williger und billiger Arbeitskräfte zu erhalten. Der Referent kam dann zu der in Umlauf befindlichen Parole: Kampf den Boizen. Er führte dabei den Veranlassungsbefehlern vor Augen, daß die Parole sich im Grunde genommen nur gegen die Arbeiterkraft richtet. Am Schluß forderte Kollege König dazu auf, die Opferwilligkeit und Solidarität den Arbeitslosen gegenüber hochzuhalten und die Verbandsbeiträge wüthentlich abzuliefern, um keine Störung in dem Unterhaltungsweisen eintreten zu lassen. Der Vorsitzende dankte dem Referenten für seinen Vortrag. Hierauf erfolgte die einstimmige Wahl des Kollegen Fr. H e s s e als Scharführers. Kollege R i e b e n s t a h l gab hierauf einen Bericht vom Stand des Arbeitsnachweises, der immer höhere Zahlen der Arbeitslosen aufweist. Gewerkschaftssekretär M i l l e r vom A.D.G.B. hielt sodann einen Aufklärungsbeitrag über Ortskrankenkasse oder Erntekasse, in welchem er zum Ausdruck brachte, der Allgemeinen Ortskrankenkasse nicht den Rücken zu kehren, im Gegenteil, sie mehr denn je zu unterstützen. Der Vorsitzende dankte auch diesem Vortragenden für seine Ausführungen. Dann nahm er Stellung zu den Arbeitszeitverhandlungen in Berlin. Die Ausführungen dazu klangen aus in einer scharfen Beurteilung der Haltung der Prinzipale. Die Versammlung gab ihrer Meinung dahingehend Ausdruck, daß sie von unsern Verbandsinstanzen sowie vom A.D.G.B. erwartet, daß sie alle Mittel und Wege in Anwendung bringen, um der Arbeitslosigkeit

Arbeiterbildung und Bildungsarbeit

Arbeiterbildung im weiteren Sinne des Wortes hat es eigentlich schon in den dreißiger Jahren des 19. Jahrhunderts gegeben, aber sozialistische Bildungsarbeit im proletarischen Sinne wird erst bewußt geleistet seit dem Mannheimer Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der vor nunmehr 25 Jahren, vom 23. bis 29. September 1906, abgehalten wurde. Die sozialistische Bildung feierte also in diesen Tagen ein bemerkenswertes Jubiläum.

Es gab seit den Tagen, in denen der neben Karl Marx größte Theoretiker der klassischen Epoche des Sozialismus, Friedrich Engels, seine national- und sozialökonomische Studie über „Die Lage der arbeitenden Klassen in England“ herausgab, eine neben Marx' gigantischem Fundamentalkwerk des wissenschaftlichen Sozialismus „Das Kapital“ an dialektischer Schärfe noch unübertroffene würdige Anlage des kapitalistischen Systems, keinen Augenblick, in dem der leidenden proletarischen Menschheit nicht Anwälte erwachsen. Namen wie die des Schneiderschneiders Wilhelm Weitling und des Schriftsetzers Stephan Born sind mit ehernem Griffel in das goldene Buch der Arbeiterbewegung eingemeißelt. Aber so scharf ihr Geist war, so groß ihr christlicher Wille, Bahnbrecher und Pfadfinder neuer Morgenröten zu werden: zunächst war die Bewegung, der sie dienten, zeitgebunden und zeitbedingt an sich noch zu schwach, und als Anhängel bei so-

sonders nach dem „tollen Jahr“ 1848 erstarbenden, im Fahrwasser liberalen Manifestumers segelnden Fortschrittspartei blieb sie lange Zeit hemmungen unterworfen, die eine bewußt proletarische Kultur nicht aufkommen ließen.

Erst das mutige Auftreten des Feuerkopfs Ferdinand Lassalle, der durch seine Reden und Schriften, wahren Meisterwerken des Stils, die Geister aufklärte, durch sein „Offenes Antwortschreiben“ den Trennungsschritt zwischen „fortschrittlicher“ Bauernfängerei und sozialistischem Klassenbewußtsein zog und endlich in seinem „Arbeiterprogramm“ mit überzeugender Kraft die Arbeiterklasse aufrief, sich zur Durchsetzung ihrer geschichtlichen Mission zu organisieren, stellte nicht nur Grundzüge von bis dahin unerreichter Größe auf, sondern bahnte auch den Weg zur völligen Loslösung der modernen Arbeiterbewegung von bürgerlicher Ideologie und Halbheit. Namen wie Wilhelm Liebknecht, Fröhsche, Bahstisch zeugen von jenen Tagen, die aus Gärung zur Klärung führten, August Bebel, einer unser aufredlichsten Wortkämpfer, trat in die Arena der Öffentlichkeit, und der Nürnberg Kongreß des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins 1888 setzte den Schlüsselpunkt unter eine Entwicklung, die doch nicht mehr aufzuhalten war: die Sozialdemokratische Arbeiterpartei wurde aus der Taufe gehoben.

Von nun an begann eine Periode ständigen Aufstiegs der Arbeiterkraft. Nicht nur auf politischem Gebiet: auch Berufsvereine wurden ins Leben gerufen, und die kurze

nationalistische Welle, die dem siegreichen Ausgang des Deutsch-Französischen Krieges 1870/71 folgte, vermochte wohl zeitweilig zu hemmen, nicht aber niederzuquämen. Selbst der unauslöschliche Schandfleck, der den Namen des Altreichskanzlers Fürst Bismarck in alle Ewigkeit belastet, das „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ (Sozialistengesetz), das 12 Jahre unerhörtester Drangsalierungen, Ausweisungen, Verhaftungen, Gefängnisstrafen von barbarischer Härte über das Klassenbewußte Proletariat verhängte, konnte zwar die Partei, ihre Presse (ausgenommen „Fränkische Tagespost“ und „Offenbacher Abendblatt“) und den größten Teil der Gewerkschaften verbieten. Es tötete aber nicht den Geist, der über Lüge und Gemeinfeindschaft triumphierte. Die Augen, die Bismarck gegen die Bewegung abfeuerte, brachte ihn 1890 selbst zu Fall ...

Die geistigen Kräfte, die nun frei wurden, äußerten sich nicht allein auf literarischem Gebiet — Max Halbes, Gerhart Hauptmanns, Hermann Sudermanns, des Naturalismus Blütezeit auch in den Sphären der bildenden Kunst — brach an, sondern in Scharen kamen junge Intellektuelle zur Sozialdemokratie, teils mit dem durchaus christlichen Willen, an ihrem Vortrieb mitzuarbeiten. Es ergab sich aus dem Anwachsen der Partei mit zwingender Logik die Notwendigkeit, theoretische Erkenntnisse bei der Arbeiterkraft zu verbreiten und zu vertiefen. Denn die Werke und Broschüren August Bebel's, Ferdinand Lassalle's und Wilhelm Liebknecht's allein konnten diese Aufgabe nur unvollkommen erfüllen. Ein Aufruf Wilhelm Liebknecht's

Neudamm. Ihre Versammlung am 5. September hatte einen sehr guten Besuch aufzuweisen. Galt es doch, zwei Kollegen (Fritz Mainz und Albert Maste) für die dem Verband 25 Jahre lang gebliebene Treue zu danken. Nach einer kurzen Ansprache des Vorsitzenden Wilhelm Schroeder wurde den beiden Jubilaren je ein Ehrengelehn überreicht. Hierauf hörten wir einen Vortrag des Arbeiterssekretärs Heßler (Frankfurt a. d. O.) über: „Die Gewerkschaften und die augenblickliche wirtschaftliche Lage“. Zu diesem Vortrag waren auch die Ortsgruppen des Buchbinderverbandes und des Hilfsarbeiterverbandes geladen und erschienen. Der Vortragende ging von den Septemberwahlen 1930 aus und besprach im Anschluß daran die Maßnahmen der Regierung, soweit sie für die arbeitende Schicht von Bedeutung waren. Nicht einverstanden war der Referent mit allen Notverordnungen, denn diese belasten die Arbeiterschaft in einer Weise, die niemand gutheißen kann. Weiter kam er auf die gegenwärtige Geldknappheit zu sprechen. Diese ist seiner Meinung nach nicht auf die Reparationszahlungen zurückzuführen, sondern hat ihren Grund darin, daß die kurzfristigen Auslandsanleihen (eine Politik des Herrn Schacht) dem Staat gefährlich seien. Ein Lichtblick aber sei das sogenannte Feiertagsjahr, das dem Staat ermöglichte, die für die Reparationen zu zahlenden Summen für die Wirtschaft nutzbar zu machen. Zum Schluß seiner Ausführungen ging der Referent noch auf die Wertigkeitskündigungsfrage ein und ermahnte die Anwesenden, ständig dafür zu propagieren, denn das Ziel der Gewerkschaften müsse sein, soviel wie möglich Arbeitslosigkeit für untern außerhalb des Produktionsprozesses stehenden Arbeitskräfte zu schaffen. Lebhafter Beifall dankte dem Referenten. Die Ansprache über das Gehörte war sehr reger. In seinem Schlußwort ging der Referent auf alle Wünsche der Diskussionsleiter ein. Der Vorsitzende dankte Kollegen Heßler für sein vorzügliches Referat und wünschte baldiges Wiedersehen in unsern Versammlungen. Dann wurden noch einige geschäftliche Angelegenheiten erledigt.

Pirna. Ihre Herbstbezirksversammlung fand am 13. September im „Naturfreundebau“ zu Königstein (Elbe) statt. Anwesend waren von Pirna 30, Sebnitz 11, Neustadt 11, Schandau 5, Königstein 3, Heidenau, Dohna und Liebstadt je ein Kollege. Der Begrüßung durch den Bezirksvorsitzenden Friedemann (Pirna) und Kollegen Bräuer (Königstein) folgte die Ergrüßung des Kollegen Max Rehn (Pirna) anlässlich seiner 25jährigen Verbandzugehörigkeit. Hierauf verbreitete sich unser Gauvorsitzende Sahlmann (Dresden) in zweistündigem Vortrag über das Thema „Der Verband der Deutschen Buchdrucker in der Krisenzeit“. Die bisherigen Notverordnungen, die Wertigkeitskündigungsfrage, die Notstandsunterstützung und die Finanzlage des Verbandes fanden grünliebliche Erörterung. In der Aussprache stellte man sich einmütig auf den Standpunkt des Verbandsvorstandes und der Gauvorsitzende, daß die Wertigkeitskündigungsfrage für uns nur annehmbar sei bei Lohnausgleich und gleichem Einkommensschwung. Für die Aufrechterhaltung der Notstandsunterstützung wurde warm eingetreten. Berichte aus den Bezirksorten und eine Aufforderung zur Stärkung der Konjunktionsgesellschaften beschloß die Tagesordnung. — Trotz der Wetterlaune des Tages erfolgte am Nachmittage eine Beteiligung des über dem Tagungslokal thronenden Villentinsens.

Rostock. Am 6. September hier abgehaltene Bezirksversammlung wurde von dem neu gewählten Vorsitzenden G. Pleg geleitet. Nach Begrüßung der Erschienenen brachte die „Typographia“ zwei Viederer, „Nacht uns wie Brüder treu zusammen stehen“ und „Auf, Wölter, auf!“ zu Gehör. Im Anschluß hieran wurden Vorstandes- und Kassenericht in üblicher Form gegeben. Hierauf referierte Kollege Kretschmer (Berlin) über das Thema „Der Kampf gegen die Wirtschaftskrise“. Die Wirtschaftskrise beeinflusst das Wirtschaftsleben in unheilvoller Weise, sie wirkt sich an Arbeitenden sowie an Arbeitslosen in immer stärkerem Maße aus. Durch die Verringerung der Kaufkraft bringe der breiten Masse je sie wohl als die größte Krise aller Zeiten anzuprechen. Notverordnungen und Wankentratz bringen ihr Teil dazu, die Krise unerträglich zu gestalten. Trotz alledem ermahnte der Referent, das Vertrauen zu uns selbst und zur Organisation nicht zu verlieren und mitarbeiten zu helfen, um wieder bessere Zeiten für uns zu erreichen. Mit anhaltendem Beifall dankte die Versammlung dem Redner für seine vortrefflichen Ausführungen. Die nunmehr gegebenen Berichte aus den einzelnen Bezirksorten zeigten alle durchweg das gleiche Bild: große Arbeitslosigkeit (bis zu 40 Proz. in einzelnen Orten) und viele Kurzarbeiter. Diese traurigen Ergebnisse der Berichte ergänzte unser Gauvorsitzender Daßke noch durch Zahlen und Statistiken aus dem ganzen Gau. Wie im Vorjahr, so auch diesmal wieder, wurde beantragt und beschlossen, das sonst für ein gemeinsames Mittagessen veranschlagte Geld an die arbeitslosen Kollegen zu verteilen. „Tarifliches“ und „Verständenes“ beendigten die von 118 Kollegen besuchte Versammlung. — Nachmittags traf sich noch ein Teil Kollegen im Gewerkschaftsraum „Pflanzharmonie“ zu gemühtlichem Beisammeln.

r. Siegen. Die am 30. August hier abgehaltene Bezirksversammlung war gut besucht. Vertreter waren alle Bezirksorte. Ein Beweis, daß die Schwere der Zeit die Mitgliedschaft doch zu einer Notgemeinschaft vereinigt hat. Die Situation im Bezirk hat sich seit letzter Versammlung wesentlich geändert. Aus den Bezirksorten und vom Vorort selbst kamen wenig erfreuliche Mitteilungen. Infolge der sich immer mehr verschlechternden wirtschaftlichen Lage sind neben Kurzarbeit auch Entlassungen zu verzeichnen. Diese Erscheinung machte sich auch im Kassenericht bemerkbar, da die Zahl der Unterstützungsempfänger rapid angewachsen ist. Wegen Minderens der Beiträge mußte gegen ein Mißlieb und zwei Wehrlinge Antrag auf Ausschluß gestellt werden. Die Abrechnung vom zweiten Quartal lag gedruckt vor. Dem Kassierer K. a. s. wurde Entlastung erteilt. Das Scheitern der Verhandlungen über die Einführung der Wertigkeitskündigungsfrage wurde im Interesse unfruchtbarer Kollegen tief bedauert. In der Entschädigung der Fahrkosten trat eine Änderung ein. Anträgen aus der Mitte der Versammlung heraus, die der Belohnung des Gewerbes dienen, wurden zur Kenntnis genommen und an die maßgebenden Stellen zur Verwendung weitergegeben. Vorstehender

Merkel dankte zum Schluß für ruhigen und sachlichen Verlauf der Versammlung, zugleich die Mahnung auszusprechen, reiflos in diesen Zeiten zusammenzukommen und im Vertrauen zur Organisation und ihren Führern nicht wankend zu werden.

Wuppertal. Eine außerordentliche Versammlung der Ortsvereine Wahren und Elberfeld fand am 8. September statt. Sehr zahlreich waren die Kollegen der Einladung gefolgt, so daß der große Saal des Wuppertaler Gewerkschaftshauses voll besetzt war. Ebenfalls waren auch die Sängere der beiden Buchdruckerzweigvereine anwesend, die zum Gruß und zur Erbauung der Anwesenden den Chor „Empor zum Licht“ von Wd. Uthmann mit Begleitung zu Gehör brachten. Die Tagesordnung hatte als einzigen Punkt einen Vortrag des Kollegen Hugo König (Salle a. d. S.) über das Thema: „Aus der Zeit — für die Zeit“. Obwohl der Inhalt dieses Referats sich auf bekannte Vorgänge der Gegenwart, politische, wirtschaftliche und gewerkschaftliche Zeitfragen beschränkte, so war ihm doch eine Aktualität nicht abspürbar. Es ist heute mehr denn je akzeptiert, daß die Gewerkschaftsführer in persönlicher Führungsnahme mit der Arbeiterschaft treten und ihr die Wahrheit einhämmern: Bedenkt wohl, daß, wenn die Gewerkschaften nicht wären, es um die Arbeiterschaft noch sehr viel schlimmer bestellt wäre, daß die Abstriche in der sozialen Gesetzgebung sowie Verschlechterungen im Tarif- und Lohnwesen weit größer wären! Der Schluß des Vortrags galt dem engeren Beruf. Jeder vierte Buchdrucker sei arbeitslos. Welche Vorzüge des Verbandsvorstandes habe im November 1929 schon die außerparlamentarische Notstandsunterstützung erfahren lassen. Das starke Anfeigen der Arbeitslosen sowie des Invalidentandes zwinge aber zur Revidierung der Beschlässe. Opferwilligkeit und Solidarität mit den Arbeitslosen erfordere die gegenwärtige Krisenzeit. Wer, um den Beitrag zu sparen, schamlosig werde, sei ein trauriger egoist und Verräter an sich selbst. Die Organisation müsse bestehen bleiben, weil sie notwendig geworden und Schirm und Hort sei. Darum: Betrauen zur Gewerkschaft und ihren Führern! Reichem Beifall fand das Referat, an das sich eine kurze Diskussion schloß.

Allgemeine Rundschau

Proteste gegen Pressebelohnungen. Die Reichsarbeitsgemeinschaft der deutschen Presse hat neuerdings einen Protest gegen Pressebelohnungen an die Reichsregierung gerichtet, in dem auf die schweren Gefahren hingewiesen wird, die in der Presseverordnung für die Zeitungen, die die Allgemeinheit und für den Staat liegen. In dem Protest heißt es u. a.: „Bei aller Würdigung der staatspolitischen Notwendigkeiten, den Mißbrauch der Pressefreiheit zu verhindern, erteilt die Reichsarbeitsgemeinschaft der deutschen Presse erneut und eindringlich, die deutschen Zeitungen vor Eingriffen zu schützen, die dem Sinn und Zweck des Gesetzes widersprechen und die, abgesehen von den schweren wirtschaftlichen Schwächen, den deutschen Zeitungen nicht die Möglichkeit geben, ihre Aufgaben im Dienst der Allgemeinheit so zu erfüllen, wie es gerade in der heutigen Zeit notwendig ist.“ Unter dem Eindruck der zahlreichen Zeitungsverbote, die in letzter Zeit an der Tagesordnung sind, hat bekanntlich auch unser Verbandsvorstand verschiedentlich schriftlich und mündlich Protest bei der Reichsregierung erhoben, ohne ein Resultat zu erzielen, das einen Schutz für die durch die Zeitungsverbote am schlimmsten betroffenen technischen Betriebsangehörigen darstellt. Um so begrifflicher ist es, daß sich auch die Arbeiter in großen Zeitungsunternehmen gegen die sie unschuldig treffenden Folgen der zahlreichen Presseverbote zur Wehr setzen. Wie in der „Münchener Post“ zu lesen war, nahm vor kurzem die Belegschaft einer Münchener Großdruckerei Stellung und beschloß, folgende sachliche Entscheidung den zuständigen Ministerien in Reich und Land zu übermitteln: „Bei der heutigen Handhabung des Pressegesetzes und der Notverordnung betreffend die Pressefreiheit trifft die Strafe für ein Vergehen weniger den Verlag und noch viel weniger den verantwortlichen Schriftleiter. In solchen Fällen werden lediglich die Belegschaften der Druckereien, in welchen derartige Zeitungen hergestellt werden, geschädigt. Auf die politische Einstellung bzw. den Inhalt aller Pressezeugnisse haben die Arbeiter der Druckereien keinerlei Einfluß. Wenn man nicht in der Lage ist, gegen die verantwortlichen Schriftleiter usw. vorzugehen, daß diese gezwungen werden, die bestehenden Pressebestimmungen einzuhalten und im Abtretungsfall nicht persönlich zur Verantwortung gezogen werden können, muß unseres Erachtens die bereits bestehende Notverordnung dahingehend ergänzt werden. Falls ein Zeitungsverbot ausgesprochen wird, müßte die Verbotsverfügung bestimmt erkennen lassen, daß der betreffende Verlag für die Zeit des Verbots den ausfallenden Lohn weiterzugeben hat, damit den Druckereien die Möglichkeit gegeben wird, die Belegschaften über diese Zeit hinwegzubringen. So wie heute das Zeitungsverbot ausgesprochen wird, glaubt man dem Gefährdeten zu betrafen, aber in Wirklichkeit sind die Arbeitnehmer die Bestrafeten, da sie für diese Zeit ohne Verdienst sind. Wenn sich auch ein kurzes Verbot nicht so trag auswirkt wie ein längeres, weil tarifliche Bestimmungen die Firma abhalten, momentan Entlassungen durchzuführen, so muß schließlich doch mit dem fortgesetzten Ausfall der Einnahmen für die Druckereiernternehmen und damit für die Arbeiterschaft gerechnet werden. Die Arbeitslosigkeit im Buch- und Zeitungsgebiete hat aber bereits durch die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse eine Höhe erreicht, daß es wirklich nicht angebracht ist, die durch beschriebliche Maßnahmen noch zu steigern. Wir erlauben deshalb die zuständigen Stellen dringend, das Zeitungsverbot allgemein aufzuheben bzw. die beschrieblichen Anordnungen so zu treffen, daß die Gefährdeten bei derartigen Verböten nicht unschuldigweise die Arbeiter der betreffenden Druckereien sind.“

Neue Familien-Aktiengesellschaft im graphischen Gewerbe. Die weltbekannte Bantnoten- und Wertpapierdruckerei von Giesecke & Devrient in Leipzig und Berlin ist nach dem Tod des Kommerzienrats Raimund Giesecke aus einer Kommanditgesellschaft in eine Familien-Aktiengesellschaft

umgewandelt worden. Das Aktienkapital, das auf 1 1/2 Millionen Mark festgelegt ist, wird von den bisherigen Gesellschaftern der Kommanditgesellschaft übernommen.

Gebührenfreie Rundfunk-Empfangsanlagen in Deutschland. Deutschland kann sich rühmen, durch seine Rundfunkgebührenerlasse für wirtschaftlich notleidende Teilnehmer in erster Reihe der Rundfunkländer zu stehen. Heute haben etwa 5 Proz. der deutschen Teilnehmer gebührenfreie Empfangsanlagen in Betrieb. Ein Vergleich mit andern Staaten, die die Einführung der Gebührenbefreiung kennen, zeigt, daß die entsprechenden Verhältniszahlen beträchtlich niedriger liegen. So sind in Dänemark nur 3,2 Proz., in England und in der Tschechoslowakei 0,6 Proz., in Kanada sogar nur 0,1 Proz. der Teilnehmer gebührenfrei.

Beschäftigungsabwache in der Arbeitslosenversicherung. Durch die Notverordnung vom 5. Juni 1931 wurde der Vorstand der Reichsarbeitskraft für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung ermächtigt und verpflichtet, den Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben der Reichsarbeitskraft sicherzustellen. Auf Grund dieser Verordnung hat der Vorstand in seiner Sitzung vom 1. Oktober d. J. beschlossen, die Höchstdauer der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung von 26 Wochen auf 20 Wochen, für berufstätige Arbeitslose auf 16 Wochen zu kürzen. Die Neuregelung sollte am 5. Oktober in Kraft treten. Erfreulicherweise ist es den Vorstellern der freien Gewerkschaften und der S.A.D. bei der Reichsregierung gelungen, die beschäftigte Beschäftigung um zwei Wochen zu mildern. Außerdem soll die jegliche Maßnahme der Reichsarbeitskraft ihre Ergänzung dadurch finden, daß die Bezugsdauer für die Krisenunterstützung entsprechend verlängert wird, so daß die Erwerbslosen nicht früher in die Woffahrtserwerbslosenfürsorge übergeben müssen als bisher. Eine entsprechende Verordnung des Reichsarbeitsministeriums wird schon in den nächsten Tagen erlassen werden. Gegenwärtig beträgt die Dauer der Krisenunterstützung 32 Wochen. In besonderen Fällen, namentlich für über 40 Jahre alte Personen, kann sie bis zu 39 Wochen verlängert werden. Für berufstätige Arbeitslose tritt auf Grund der Notverordnung vom Juni zu den 32 oder 39 Wochen eine Verlängerung um 6 Wochen, so daß hier im allgemeinen die Laufdauer der Krisenunterstützung schon jetzt 38 bis 45 Wochen beträgt. Die geplante weitere Verlängerung der Krisenunterstützung wird voraussichtlich der Verlängerung der Bezugsdauer der Arbeitslosenversicherung entsprechen. Die Dauer der Krisenunterstützung wird also im allgemeinen um 6 und für Saisonarbeiter um 4 Wochen verlängert werden. Das bedeutet eine Verlängerung für die einzelnen Kategorien auf 38 bis 40 Wochen.

Vom österreichischen Gewerkschaftslogoblog. Am 21. September trat in Wien nach dreijähriger Pause der österreichische Gewerkschaftslogoblog zu einer mehrjährigen Tagung zusammen. Mit einer ersten Betrachtung der gegenwärtigen wirtschaftlichen und sozialen Lage durch den Obmannstellvertreter des Bundesverbandes der freien Gewerkschaften wurde der Kongreß eröffnet. Seit Beginn der Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung in Österreich hat es noch niemals so schwierige und gefährliche Situationen gegeben wie in der Jetztzeit. Die kämpfende Arbeiterklasse ist ganz allein auf sich gestellt. Ihr gegenüber steht zwar das in vielen Richtungen zersplitterte Bürgertum, doch ist es in dem internalklassischen, unaufrichtigen Kampf gegen die Arbeiterklasse immer einig, auch in dem Betreiben, der verhassten Arbeiterklasse ihrer sozialen Errungenschaften zu berauben. Der letzte Faschistenputsch war nichts anderes als ein Versuch, mit Gewalt die Arbeiter niedrigerzuziehen und mit den sozialpolitischen Errungenschaften gleich Schluß zu machen. Am Tage nach dem Putsch wurde sofort in den Werken des größten österreichischen Industrieunternehmens, der Alpine Montangesellschaft — ein reichsdeutsches Unternehmen, das die schwer bewaffneten Faschistenformationen großzügig finanziert — eine Rundgebung angehängelt, daß von nun an der Zwölfstundentag eingeführt ist. Das war sicher kein Zufall, sondern im Zusammenhang mit dem Putsch wohl vorbereitet. Da der Putsch zwischendurch — zwar nicht durch die Staatsgewalt, sondern durch die Zusammenarbeit der zur Abwehr entschlossenen Arbeiter — zusammenbrach, mußte auch die Abkündigung des Zwölfstundentags mit einem Schlag durch den Zwölfstundentag zu erfolgen, aufgegeben werden. Einzelne Gewerkschaften haben im Laufe der Berichtszeit einen Mitgliederverlust erlitten, der aber einzig auf die allgemeine Wirtschaftskrise, also auf die Arbeitslosigkeit, zurückzuführen ist. Im Vordergrund des Kongresses standen nach dem Bericht des Bundesverbandes insbesondere die weitgehende Zusammenfassung der gewerkschaftlichen Kräfte zu größeren und leistungsfähigeren Organisationsgebilden und eine dementsprechende Vereinfachung und Zusammenlegung auch der Gewerkschaftspresse. Neben vielen andern organisatorischen Fragen wurde vor allem das Problem der Werbarbeit unter den Frauen und unter den Lehrlingen besprochen, wobei die Debatte zeigte, daß die freien Gewerkschaften mit Eifer am Werk sind, ihren Organisationsapparat schlagkräftig zu erhalten und auszubauen. Eine Lebensfrage für die Gewerkschaften, insbesondere in einigen von den Unternehmerfamilien bedrängten Gebieten, ist die Schaffung obligatorischer Arbeitsvermittlungen. Der wichtigste Beratungsgegenstand war der größte Sorge aller Gewerkschaften, der Frage der Arbeitslosigkeit, gewidmet. Das große Problem der Weltwirtschaftskrise erfordert gebietlicher die entsprechende Bekämpfung der Arbeitszeit, Kampf gegen den Kapitalismus, fordere entsprechende Maßnahmen gegen das Geschlecht der Doppelverdiener und die Sicherung, daß die ohnehin minimalen Rechte der Arbeitslosen nicht noch weiter geschnitten werden. Die zu diesem Punkt angenommene Entschliessung verlangt die Beschäftigung der geschickten Arbeitszeit auf 40 Stunden wöchentlich; geschickte obligatorische Arbeitsvermittlungen, die paritätisch geleitet werden; Heranziehung von Mitteln der Gesamtheit zur unveränderten Aufrechterhaltung der Arbeitslosenunterstützung und der Notstandsunterstützung (ähnlich dem allgemeinen Notopfer für die Landwirtschaft); wirksame Gesetzgebung zur Verhinderung von Doppelverdiensten von Personen, die anderwärts ein entsprechendes Einkommen beziehen. Zu dem Beschluß über die soziale Gesetzgebung erhob der Kongreß seine warnende Stimme gegen die Absichten der herrschenden Klasse, die sozialen Gesetze

